

Sondierungsgespräche Berlin: Vergesellschaftungspläne gefährden Investitionen in den Wohnungsbau

Die im Sondierungspapier von Linken, Grünen und SPD angekündigte Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände sendet aus Sicht des Bauindustrieverbandes Ost ein fatales Signal an den Investitionsstandort Berlin. Dr. Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbandes Ost e. V., erklärt:

„Die geplante Vergesellschaftung großer Wohnungsbestände ist ein fatales Signal für den Wohnungsbau und den Wirtschaftsstandort Berlin. Daran ändert auch das ambitionierte Neubauziel von 100.000 Wohnungen nichts. Wer Investoren mit staatlichen Eingriffen in Eigentumsrechte verunsichert, gefährdet langfristig die Bereitschaft, in neue Wohnungen zu investieren. Hinzu kommt, dass die Vergesellschaftung selbst keine einzige neue Wohnung schafft. Gleichzeitig werden dadurch aber erhebliche finanzielle Mittel gebunden, die an anderer Stelle für Neubau und Infrastruktur dringend benötigt werden.

Auch bei der öffentlichen Infrastruktur müssen die künftigen Koalitionäre Prioritäten setzen. Die angekündigten Investitionen in den öffentlichen Nahverkehr, die Modernisierung der Hochschulen und die klimaresiliente Infrastruktur sind wichtige Vorhaben für die Zukunftsfähigkeit Berlins. Angesichts der angespannten Haushaltslage braucht es jedoch eine dauerhaft hohe Investitionsquote und verlässliche Finanzierungsperspektiven. Das gilt ebenso für die angekündigte Verwaltungsreform, den Bürokratieabbau und die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die anstehenden Koalitionsverhandlungen müssen genutzt werden, um eine bau- und wirtschaftsfreundliche Politik in Berlin zu ermöglichen. Nur so werden die geplanten Neubauziele erreicht werden können. Vergesellschaftungsdebatten hingegen werden auf Jahre hinaus zu juristischen Auseinandersetzungen um die Rechtmäßigkeit der geplanten Maßnahmen führen und den Wirtschaftsstandort Berlin massiv schwächen.“

Der Bauindustrieverband Ost e. V. (BIVO) vertritt die Interessen von 260 Bauunternehmen mit 20.000 Beschäftigten in den Ländern Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt.

Potsdam, 19. Oktober 2026

Weitere Informationen unter www.bauindustrie-ost.de